



öffentlich nicht öffentlich

Düsseldorf, 19.04.2021

An
 Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller
 Vorsitzender des Rates
 der Landeshauptstadt Düsseldorf

**Antrag der Ratsfraktion SPD/Volt
 zur Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf am 29.04.2021**

Betrifft:

Antrag der Ratsfraktion SPD/Volt: Düsseldorf gegen Rassismus, Diskriminierung, Sexismus und Benachteiligung: Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle für alle Mitarbeiter*innen in Kulturinstituten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mit großem Bedauern haben wir in den vergangenen Wochen erfahren, dass Mitarbeiter*innen des Düsseldorfer Schauspielhauses Opfer rassistischer und diskriminierender Anfeindungen wurden. Dies ist beschämend und nicht hinnehmbar. Wir lehnen vehement jede Form des Rassismus, der Diskriminierung, des Sexismus und der Benachteiligung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, ihres Glaubens, Geschlechts und ihrer sexuellen Orientierung ab.

Leider verdeutlichen diese Vorfälle, dass Diskriminierung aufgrund struktureller Defizite weiterhin möglich ist. An dieser Stelle sehen wir die Stadt Düsseldorf in großer Verantwortung entschieden gegen die vorliegende Form der strukturellen Diskriminierungen vorzugehen und Mitarbeiter*innen der Kulturinstitute den Rücken zu stärken.

Ziel muss es sein, eine allumfassende Antidiskriminierungsstelle im Sinne des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes für städtische, befristet angestellte und freie Mitarbeiter*innen der Kulturinstitute einzurichten, da gerade letztere aufgrund deren Abhängigkeitsverhältnis zu* Arbeitgeber*in ihr Wohl und ihre Rechte nicht schützen können.

Vor diesem Hintergrund bitten wir Sie im Namen der Ratsfraktion SPD/Volt, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf am 29.04.2021 zu nehmen und zur Abstimmung zu bringen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zeitnah das Land NRW um die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle im Sinne des Gleichbehandlungsgesetzes für alle städtischen, befristet angestellten und freien Mitarbeiter*innen der Düsseldorfer Kulturinstitute zu bitten und

deren Umsetzung zu begleiten. Sofern das Land NRW dies nicht zeitnah umsetzt, wird die Verwaltung gebeten, dies selber umzusetzen. Die Stadtverwaltung wird beauftragt in Zusammenarbeit mit den Kulturinstituten, deren Mitarbeiter*innen und der Antidiskriminierungsstelle eine Arbeitsgruppe zu gründen, in der die strukturellen Defizite, die zu Diskriminierungen führen, aufzuarbeiten und diese im Sinne des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes zu verbessern.

Weitere Begründung erfolgt ggf. in der Sitzung.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Raub

Marina Spillner